

## PRESSEMITTEILUNG

Mettmann, den 24.02.2003

Zentrales Ziel der Haushaltspolitik der FDP-Kreistagsfraktion ist die geringst mögliche finanzielle Belastung der Bürger heute und in der Zukunft. Letzteres sei eine Frage der Generationengerechtigkeit. „Es ist unverantwortlich, wie derzeit praktiziert, auch gut gemeinte aktuell anfallende Ausgaben mit Hypotheken auf die Zukunft finanzieren zu wollen.“, erklärt der Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion Dirk Wedel. Da eine kurzfristige Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen durch Bund und Land im Wege einer Gemeindefinanzreform nicht zu erwarten sei, sei es nur realistisch, dass die Kommunen mittelfristig mit den vorhandenen Einnahmen auskommen müssten. Das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept des Kreises sei insofern unzureichend und baue lediglich auf das Prinzip Hoffnung. „Der Konsolidierungsumfang des Haushaltssicherungskonzepts reicht nicht einmal aus, um die Defizite der kommenden Jahre aufzufangen, geschweige denn, auch die aktuellen. Steigerungen der Kreisumlage werden jeweils nur um etwa zwei Jahre verschoben. Dazu kommen als unbekanntes Risiko noch die zu erwartenden Defizite des Landschaftsverbands. Es ist zu befürchten, dass das Auflaufenlassen von Defiziten in den Umlagehaushalten Landschaftsverband und Kreis die Haushalte der kreisangehörigen Städte in ein paar Jahren, wenn diese potentiellen Defizite ausgeglichen werden müssen, sprengen wird, diese also nicht einmal mehr einen genehmigungsfähigen Haushalt aufgestellt bekommen. Wenn der Kreis und die Städte ihre Finanzen aber nicht in den Griff bekommen, machen sie sich angreifbar, ist das Wasser auf die Mühlen der aktuell wieder zu bemerkenden Bestrebungen der umliegenden Großstädte, ihren Einfluss in den Kreis auszudehnen. Zudem ist beim Kreis ist auch kein Vermögen, welches zum Ausgleich der Defizite eingesetzt werden könnte, vorhanden bzw. der Kreis ist auf die Erträge aus dem Vermögen angewiesen, beispielsweise den Erträgen der RWE-Aktien zur Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs.“, so Dirk Wedel. Die Probleme würden durch den Doppelhaushalt noch verschärft, da das Gemeindefinanzierungsgesetz 2004 sowie die weitere Entwicklung der Steuerkraft des Kreises als Unbekannte eine seriöse Finanzplanung für das Jahr 2004 unmöglich mache.

Der Kreis müsse daher zunächst die eigenen Sparbemühungen ausweiten. Dazu gehöre eine umfassende Aufgabenkritik in allen Bereichen. Bestrebungen, das Einsparungspotential dabei von vornherein durch das Aufbauen von Tabus zu verengen, erteilen die Liberalen eine klare Absage. Streichungen bzw. Kürzungen freiwilliger Leistungen, Kündigungen und Outsourcen von Aufgaben gehörten ebenso in den Prüfkatalog und müssten dort, wo dies nach wirtschaftlichen Kriterien sinnvoll ist, auch umgesetzt werden.

„Bei allen Aufgaben muss geprüft werden, ob diese tatsächlich notwendig sind. Auch in den sensiblen Bereichen wie beispielsweise bei Behinderten und Jugend ist zumindest die Effektivität des Einsatzes der finanziellen Mittel zu überprüfen.“, so Dirk Wedel.

Die Förderung der Seniorentagesstätten solle nach einem Übergangszeitraum auslaufen, man solle besser über ein Konzept zur aufsuchenden Altenarbeit nachdenken, mit dem man der Vereinsamung von Senioren wirkungsvoller begegnen könne. Zudem fordert die FDP-Kreistagsfraktion die konsequente Umsetzung einer erfolgsbezogenen Bezuschussung. Auch bei der Arbeit der Verbände müssten Leistungsanreize geschaffen werden.

Weiterhin müsse die Struktur des Kreises verschlankt werden. Auf regelmäßige Stellenneubewertungen mit ihrem Beförderungsaufwandscharakter solle während der Geltung des Haushaltssicherungskonzeptes verzichtet werden. Ebenso auf die Einrichtung weiterer Eigenbetriebe. Zudem könne nach einer Stilllegung der Deponie Immigrath die Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises mangels Betätigungsfeldes aufgelöst werden. Die Nutzung der Verwaltungsgebäude müsse optimiert werden, um nach dem Auszug der Polizei beispielsweise das Verwaltungsgebäude III aufzugeben und Wohnhaus in der Bismarckstraße in Mettmann verkaufen zu können.

Auch bei der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben seien sämtliche Sparpotentiale auszuschöpfen. „Der Kreis muss nicht in der Umsetzung jeder staatlichen Aufgabe Musterschüler sein. Kontrollen von Dosenpfand, Ladenschluss u.s.w. können auf das rechtlich noch vertretbare Minimum reduziert werden. Allerdings ist hier je nach Aufgabe stark zu differenzieren, beispielsweise ist eine Vernachlässigung von Aufgaben in weiten Teilen der Gefahrenabwehr nicht zu verantworten.“, stellt Dirk Wedel fest.

Auch die Richtlinien und Satzungen des Kreises müssten systematisch nach der Möglichkeit von Standardreduzierungen durchforstet werden. Weiterhin seien der Kreis und die kreisangehörigen Städte dazu aufgerufen, durch interkommunale Zusammenarbeit erzielbare Synergieeffekte zu nutzen, beispielsweise im Bereich der EDV oder beim Bauhof.

„Eigentlich wäre es notwendig, das danach verbleibende Defizit durch die Kreisumlage auszugleichen, um eine Belastung des Haushaltsjahres 2005 mit diesem Defizit zu verhindern. Es kann daher nicht angehen, dass Verbesserungen gegenüber dem Haushaltsentwurf bei der Landschaftsumlage und den Schlüsselzuweisungen an die Städte durchgereicht werden, der Kreis aber auf den Verschlechterungen aufgrund des hohen Tarifabschlusses sitzen bleibt. Als absolute Minimalforderung ist zur Begrenzung der zukünftigen Risiken zumindest an der bei Haushaltseinbringung zugrundegelegten hälftigen Verteilung des Defizits auf Kreis

und Städte festzuhalten“, fordert Dirk Wedel. Dies führe beim Kreis zu einer Verringerung des Defizits um 2,3 Mio. Euro.